



Budgetentwurf für 2015: Änderungen bei der Mehrwertsteuer

Der am 15. Oktober 2014 der Abgeordnetenkommer vorgelegte Gesetzentwurf (Nr. 6720) zum Staatshaushalt 2015 hat im Hinblick auf die Mehrwertsteuerreform in einigen Punkten eine dringend erwartete Klärung herbeigeführt.

Ogleich es sich noch nicht um die endgültige Fassung des Textes handelt, sind bereits bestimmte Änderungen absehbar. Daher können die von Unternehmensseite aus erforderlichen Schritte (Mitteilungen an Kunden, Aktualisierung der Buchhaltungssoftware) schon jetzt in die Wege geleitet werden.

Voraussichtlich soll das Gesetz am 18. Dezember 2014 gestimmt werden und in seiner endgültigen Fassung zum 1. Januar 2015 in Kraft treten.

1. Erhöhung der Mehrwertsteuersätze

Die in den Medien am häufigsten thematisierte Änderung ist die Anhebung der Steuersätze:

- Der Standardsatz von 15%, dem die meisten Transaktionen unterliegen, erhöht sich auf 17%.
- Der Zwischensteuersatz von 12% steigt auf 14%: Hiervon betroffen sind ganz unterschiedliche Waren und Dienstleistungen wie zum Beispiel Waschmittel, die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Werbedrucksachen oder Wein mit einem Alkoholgehalt von bis zu 13 Vol.-%.
- Der ermäßigte Steuersatz von 6% wird auf 8% angehoben. Dieser Satz gilt gleichfalls für eine Reihe verschiedenartiger Waren und Dienstleistungen, unter anderem für Strom, Gas, Pflanzen, Friseurdienstleistungen sowie die Ausbesserung und Änderung von Kleidung.

Auf den ersten Blick wurde der superermäßigte Steuersatz von 3% beibehalten. Dieser findet auf einer großen Bandbreite von Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs Anwendung: Nahrungsmittel (für Mensch und Tier), Bücher, Schuhe und Kleidung für Kinder, Wasserversorgung, pharmazeutische Produkte, Hotelübernachtungen, Personentransport usw.

Allerdings wurden in einigen Bereichen, für die dieser superreduzierte Satz von 3% gilt, indirekte Änderungen vorgenommen:

- bei der Mehrwertsteuer im Wohnungsbau;
- beim Alkoholkonsum vor Ort.



2. Mehrwertsteuer im Wohnungsbau

Bislang reichte es für die Anwendung des superermäßigten Steuersatzes aus, dass der Bewohner (Eigentümer, Mieter oder unentgeltlich Wohnende) die Wohnung bei der Gemeinde als Hauptwohnsitz angemeldet hatte.

Gemäß dem Gesetzentwurf sollen zukünftig nur noch Eigentümer, die den Wohnraum selbst zu Hauptwohnzwecken nutzen, von dem superermäßigten Steuersatz von 3% profitieren, sodass der Eigentümer im Falle einer Nutzung durch Mieter oder unentgeltlich Wohnende diesen superreduzierten Satz nicht mehr geltend machen kann.

Um laufende Projekte nicht zu benachteiligen, hat die Regierung jedoch eine Übergangszeit vorgesehen. Der Satz von 3% wird nach Stellung eines Antrags auf Anwendung des ermäßigten Satzes gewährt. Für alle vor dem 1. Januar 2015 eingereichten Anträge auf Anwendung des ermäßigten Satzes für Wohnraum, der von Dritten zu Hauptwohnzwecken genutzt werden soll, gilt somit noch bis zum 31. Dezember 2016 der superermäßigte Satz von 3%.

Der Gesetzentwurf rechtfertigt diese Übergangszeit mit dem Grundsatz des Vertrauensschutzes. In einem Rundschreiben¹ vom 24. Oktober 2014 wurden die Anwendungsmodalitäten für die Übergangsregelung unter Vorbehalt der Verabschiedung des Gesetzes präzisiert.

Bei Wohnungen in Wohnungseigentümergebäuden ist dem Antrag auf Anwendung des ermäßigten Satzes in der Praxis prinzipiell eine notarielle Urkunde beizufügen, in der die Katasterbezeichnung enthalten sein muss. Da diese Anforderung zu Verzögerungen im Genehmigungsverfahren führen könnte, akzeptiert die zuständige Verwaltung (Administration de l'Enregistrement et des Domaines) bis zum 31. Dezember 2014, dass anstelle dieser Urkunde die folgenden Dokumente eingereicht werden:

- die Kopie des Reservierungsvertrags bzw. des Vertrags über einen Kauf auf Teilzahlungsbasis gemäß Baufortschritt, wobei die Verträge den Bestimmungen in Art. 1601-13 Code Civil bezüglich der Bezeichnung des Objekts, des Preises und den Bedingungen für die Erstattung der Anzahlung entsprechen müssen;
- eine Empfangsbestätigung für den an das Katasteramt adressierten Antrag².

Die notarielle Urkunde mit der Katasterbezeichnung ist jedoch nachträglich und in Übereinstimmung mit der Bezeichnung im Reservierungsvertrag auszufertigen.

¹ Nr. 771

² Empfangsbestätigung für den Antrag auf Erstellung eines Aufteilungsplans für Immobilien mit mehreren Eigentumsanteilen, die vom Kataster- und Vermessungsamt (Administration du cadastre et de la topographie) ausgestellt wurde und in der das dem Antrag für das Teileigentum zugewiesene Aktenzeichen angegeben ist.



Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass nur die Schaffung von Wohnraum (Bau, Umbau von Büroräumen zu Wohnraum usw.) von dieser Anhebung des Steuersatzes betroffen ist. Für die Renovierung von Wohnungen, die von Dritten zu Hauptwohnzwecken genutzt werden, findet weiterhin der superermäßigte Steuersatz von 3% Anwendung.

3. Superermäßigter Mehrwertsteuersatz und Besteuerung von Alkohol für den Vor-Ort-Konsum

Ab dem 1. Januar 2015 gelten für Rechnungen in Restaurants und Getränkeausschänken zwei verschiedene Mehrwertsteuersätze:

- der superermäßigte Steuersatz von 3% für Speisen und nicht alkoholische Getränke, die vor Ort verzehrt werden;
- der Steuersatz von 17% für alkoholische Getränke, die vor Ort konsumiert werden.

Zu beachten ist, dass alle alkoholischen Getränke, die vor Ort konsumiert werden, dem Steuersatz von 17% unterliegen, und der Satz von 14% somit keine Anwendung findet.

Dieser neue Zwischensteuersatz von 14% für „Wein aus frischen Weintrauben mit einem Alkoholgehalt von bis zu 13 Vol.-%“ gilt ausschließlich für den Direktverkauf (z.B. im Supermarkt oder über Weinhändler).

4. Welcher Steuersatz findet für Transaktionen „zwischen den Jahren“ Anwendung: 15% oder 17%?

Im Prinzip gelten die neuen Steuersätze ab dem 1. Januar 2015. In Rechnungen, die ab dem 1. Januar ausgestellt werden, muss daher der neue Steuersatz ausgewiesen sein. Welche Regelung findet jedoch auf Transaktionen Anwendung, die zwischen den Jahren abgewickelt werden?

Die Mehrwertsteuer fällt zum Zeitpunkt des Eigentumsübergangs (normalerweise also bei Lieferung) oder bei Erbringung der Dienstleistung an.

Das Datum der Bestellung ist somit nicht maßgeblich, außer bei Leistung einer Anzahlung. In diesem Fall ist der zum Zeitpunkt des Zahlungseingangs der Anzahlung geltende Mehrwertsteuersatz anzuwenden. Das bedeutet, dass bis einschließlich zum 31. Dezember 2014 eingegangene Anzahlungen dem bisherigen Steuersatz von 15% unterliegen.

Zu beachten ist, dass die Höhe der Anzahlungen nicht begrenzt ist und diese daher dem Gesamtpreis der 2015 gelieferten Ware entsprechen können. Die Höhe der Anzahlungen sollte aus diesem Grund mit Bedacht gewählt werden und das Risiko eines Zahlungsausfalls des Lieferanten berücksichtigen.

Die Regelung gilt jedoch nicht für Anzahlungen, die für innergemeinschaftliche Erwerbe geleistet werden. In diesem Fall findet bei Lieferung im Jahr 2015 der neue Steuersatz auf den Gesamtkaufpreis Anwendung.



Beispiel: Eine Privatperson bestellt 2014 ein Auto, das 2015 geliefert werden soll. Der Erwerb unterliegt ungeachtet der Herkunft des Fahrzeugs immer der luxemburgischen Mehrwertsteuer. Hierbei gilt zu unterscheiden:

- Bestellt die Person ein Auto bei einem luxemburgischen Autohändler, kann auf der Zahlungsrechnung (oder der Rechnung über den gesamten Kaufpreis) der Mehrwertsteuersatz von 15% ausgewiesen werden, wenn die Zahlung des Preises inklusive Mehrwertsteuer spätestens am 31. Dezember 2014 beim Verkäufer eingeht.
- Erfolgt die Bestellung bei einem Händler im Ausland, welcher nicht in Luxemburg für mehrwertsteuerliche Zwecke registriert ist, unterliegt der Gesamtkaufpreis dem Steuersatz von 17%, auch wenn der Kunde 2014 eine Anzahlung leistet.

5. Schnellere Erstattung von Steuerguthaben

Über diese Reform wurde bislang wenig berichtet. Wissenswert ist jedoch, dass die zuständige Verwaltung von nun an innerhalb eines Zeitraums von 4 bis 6 Monaten nach Antragsstellung per Einschreiben die Erstattung des Mehrwertsteuerüberschusses auf Grundlage des letzten Kontoauszugs des Steuerpflichtigen genehmigen oder ablehnen muss.

Die Erstattung kann also auch ohne eine vorangegangene Mitteilung oder einen amtlichen Steuerbescheid beantragt werden.

Die bisherige Erstattungspraxis wird somit durch ein formales Verfahren mit festen Fristen und Einspruchsmöglichkeiten zur Geltendmachung des Erstattungsanspruchs abgelöst.

Dies dürfte die Erstattung der Mehrwertsteuer zukünftig erleichtern.



ERINNERUNG: Nach dem am 26. Mai 2014 verabschiedeten Gesetz tritt am 1. Januar 2015 eine weitere Mehrwertsteuerreform in Kraft, die sich auf Dienstleistungen in den Bereichen Telekommunikation, Rundfunk und Fernsehen sowie auf elektronisch erbrachte Dienstleistungen an Nichtmehrwertsteuerpflichtige erstreckt.

Ab diesem Datum unterliegen diese Dienstleistungen dem Mehrwertsteuersatz des Mitgliedstaats, in dem der Verbraucher seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Um Mehrfachregistrierungen in der Europäischen Union zu vermeiden, wurde ein vereinfachtes Besteuerungsverfahren eingeführt: der „Mini One Stop Shop (MOSS)“. Anbieter dieser Dienstleistungen können sich somit in einem einzigen EU-Land (in ihrem EU-Land für die in der EU sich befindlichen Anbieter) an dieser Schnittstelle registrieren lassen und auch nur in diesem die entsprechenden Erklärungen einreichen und Zahlungen leisten. Dieses Land wird die Verbindung mit den anderen Mitgliedstaaten, in denen die Leistung erbracht wird, gewährleisten.

KONTAKT

Delphine Deichtmann

+352 47 68 47- 443

Delphine.Deichtmann@ifgroup.lu

45, rue des Scillas

L-2529 Howald

IF Group übernimmt keinerlei Haftung für falsche oder unvollständige Angaben oder sonstige Folgen, die aus der Anwendung der hier angegebenen Informationen entstehen können. Dieses Dokument wurde zu rein informativen Zwecken veröffentlicht.